

Trump will Gaza säubern - Auswirkungen auf den Nahen Osten

Trump plant, über eine Million Palästinenser aus Gaza nach Jordanien und Ägypten zu bringen. Kritiker warnen vor ethnischer Säuberung und regionaler Instabilität. Was bedeutet das für den Nahen Osten?



Die jüngsten Vorschläge von US-Präsident Donald Trump, mehr als eine Million Palästinenser aus dem Gazastreifen in benachbarte Länder zu bringen, haben in der internationalen Gemeinschaft scharfe Kritik hervorgerufen. Gegner sehen darin einen Versuch der ethnischen Säuberung und warnen vor möglichen regionalen Unruhen.

Trumps umstrittenes Vorhaben

Am Samstag äußerte Trump den Wunsch, dass Jordanien und Ägypten die durch den verheerenden Krieg Israels im

Gazastreifen vertriebenen Menschen aufnehmen sollten. „Es geht um eineinhalb Millionen Menschen, und wir könnten das ganze Gebiet bereinigen“, sagte er gegenüber Reportern auf Air Force One. Die vorgeschlagene Umsiedlung könnte seiner Meinung nach entweder „vorübergehend“ oder „langfristig“ sein. Beide Länder lehnten den Vorschlag umgehend ab.

Ein Bruch mit der bisherigen US-Politik

Würde Trumps Vorschlag angenommen, wäre das ein drastischer Bruch mit der Haltung der Biden-Administration, die eine Entvölkerung des Gazastreifens ablehnt. Dies könnte auch einen Wandel in der langjährigen US-Politik signalisieren, die Gaza als Teil eines zukünftigen palästinensischen Staates betrachtet. Zudem würde sich die Trump-Administration stark mit den radikalsten Politikern Israels identifizieren, die für die Umsiedlung von Palästinensern plädieren, um Platz für jüdische Siedlungen zu schaffen.

Kritik aus verschiedenen Lagern

Der Vorschlag fand Zustimmung bei extremistischen israelischen Politikern, darunter Finanzminister Bezalel Smotrich, der Kontroversen ausgelöst hat, indem er behauptete, es gebe „kein solches Volk wie die Palästinenser“. Auch der ehemalige Sicherheitsminister Itamar Ben Gvir, der wegen Unterstützung von Terrorismus verurteilt wurde, unterstützte Trumps Idee. Palästinensische Politiker verurteilten den Vorschlag als einen Plan zur ethnischen Säuberung der Gazaner.

Internationales Echo

Selbst in den USA äußerte Senator Lindsey Graham, einer der größten Unterstützer Israels im Kongress, in einem CNN-Interview, dass er die Idee für „nicht besonders praktikabel“ halte. „Ich weiß nicht, wovon er spricht“, so Graham in Bezug auf Trump.

Die Gefahr der Destabilisierung

Experten warnen, dass ein Zustrom von Flüchtlingen in benachbarte arabische Länder diese destabilisieren und eine existenzielle Bedrohung darstellen könnte. Ein Einverständnis mit Trumps Vorschlag könnte eine weit verbreitete öffentliche Empörung hervorrufen, die für diese Regierungen ein unhaltbares Risiko darstellt.

Die drohende ‚zweite Nakba‘

„Wenn sie akzeptieren würden, Teilnehmer an einer ethnischen Säuberung zu sein, wäre das ohne Zweifel einmalig aufreibend und würde die Stabilität beider Länder ernsthaft gefährden“, erklärte Timothy Kaldas, stellvertretender Direktor des Tahrir Instituts für Nahostpolitik in Washington, DC. Die Regierungen Ägyptens und Jordaniens würden auf massiven Binnenwiderstand stoßen, könnten ihre Bevölkerung als Komplizen einer weiteren Nakba empfinden.

Sicherheitsbedenken und Haushaltssituation

Für Jordanien, das bereits Millionen von Palästinensern beherbergt, würde eine veränderte Demografie die Herrschaft der Haschemiten bedrohen. Auch finanziell könnten Ägypten und Jordanien nicht noch Millionen zusätzlicher Flüchtlinge aufnehmen. Beide Länder sind enge Verbündete der USA im Nahen Osten und erhalten erhebliche US-Hilfen. Sie haben als erste arabische Staaten Frieden mit Israel geschlossen und pflegen trotz weit verbreiteter öffentlicher Unzufriedenheit friedliche Beziehungen.

Die Zukunft der regionalen Politik

Jane Kinninmont, Expertin für Konflikte, erklärte, dass über die Jahre der Einfluss Jordaniens und Ägyptens in Washington durch

die Golfstaaten wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate überschattet wurde. Die entscheidende Frage sei, wie weit diese Länder bereit seien, Washington zu vermitteln, dass eine Massenvertreibung das Problem nicht lösen wird.

Beiträge zur Debatte über Flüchtlinge

„Es ist wichtig, dass die Regionalstaaten betonen, dass die Flüchtlingsfrage einer der Hauptursachen für den aktuellen Konflikt ist und dass eine weitere Flüchtlingswelle das nicht lösen wird“, fügte Kinninmont hinzu.

Schlussfolgerungen

Am Sonntag bekräftigten sowohl Ägypten als auch Jordanien ihre Ablehnung gegenüber der Deportation oder Umsiedlung von Palästinensern. Jordanischer Außenminister Ayman Safadi sagte: „Jordanien ist für Jordanier und Palästina ist für Palästinenser“. Die Ägyptische Außenministeriums erklärte ebenfalls, dass es die Deportation oder die Förderung der Vertreibung von Palästinensern aus ihrem Land ablehne.

Inmitten des fortdauernden Krieges haben jordanische und ägyptische Bürger bereits öffentlich gegen ihre Regierungen protestiert, ihre Verbindungen zu Israel aufgrund der hohen menschlichen Kosten des Konflikts in Frage zu stellen. Kaldas vom Tahrir-Institut betonte, dass die Akzeptanz einer palästinensischen Bevölkerungsumsiedlung teurer wäre als der Verlust der amerikanischen Hilfe, auf die beide Länder angewiesen sind.

Mit Stand Januar 2023 waren in Ägypten laut UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) 877.000 Flüchtlinge und Asylbewerber registriert. Im Mai erklärte der palästinensische Botschafter in Kairo, Diab al-Louh, dass seit Beginn des Krieges bis zu 100.000 Gazaner nach Ägypten geflohen seien. In Jordanien sind mehr als 2,39 Millionen

palästinensische Flüchtlinge bei UNRWA, der UN-Agentur für palästinensische Flüchtlinge, registriert.

Alhasan wies darauf hin, dass Ägypten und Jordanien auch Sicherheitsbedenken haben könnten, falls ihre Gebiete als Ausgangspunkt für Angriffe auf Israel dienen sollten. „Indem Trump versucht, Gaza von seinen palästinensischen Einwohnern zu entvölkern, tut er das, was die extremen rechten Fanatiker Israels wollen“, so Alhasan.

„Ironischerweise würde Trumps Vorschlag, sollte er Wirklichkeit werden, tatsächlich in die Irre führen.“ Eine Destabilisierung Ägyptens und Jordaniens würde „islamistischen politischen Kräften, insbesondere der Muslimbruderschaft“ zugutekommen, die „deutlich weniger freundlich gegenüber den USA und sympathischer gegenüber Hamas“ wären.

Dieser Artikel wurde durch die Berichterstattung von CNN, einschließlich der Beiträge von Betsy Klein, Lex Harvey, Ibrahim Dahman, Dana Karni, Sophie Tanno, Mounira Elsamra und Abeer Salman, unterstützt.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at